

Warum Ihre Stromrechnung immer weiter steigt: Die versteckten Kosten von Umweltauflagen

geschrieben von Andreas Demmig | 15. Juli 2026

Zusammenfassung:

Die ideologisch motivierten Maßnahmen, zur „Emissions-Reduzierung“ betreffen sehr häufig nur die Art der Stromerzeugung.

- „Erneuerbare Energieerzeuger“ profitieren nicht nur von Subventionen, sondern auch von der Bezahlung von nicht gelieferter Energie
- „EE“ erzeugen zusätzliche Kosten, diesen aber nicht angelastet werden, sondern der Allgemeinheit bzw. den Verbrauchern.
- Anschluss auch des entlegensten Windrads oder Solarackers
- Vorhalten von zuverlässigen thermischen Kraftwerken im stand-by
- Dispatch Maßnahmen zur Abwendung eines Netz-Zusammenbruchs
- Netzbatterien zur Stützung bei Dunkelflauten zahlen wiederum alle

Der Autor David Kemp steht den Wetter-, ähh Klimaschutzmaßnahmen eher positiv gegenüber – der Übersetzer

Der Standard für erneuerbare Energien (Renewable Portfolio Standard) erhöht die Energiekosten auf eine Weise, die den meisten Stromkunden selten bewußt ist – bis jetzt.

Climate Change Dispatch, **David Kemp**, Meinungskommentar

In den Hauptstädten der Bundesstaaten und in Washington bemühen sich die politischen Entscheidungsträger fieberhaft, die Besorgnis der Wähler über die steigenden Stromrechnungen zu zerstreuen. Die Trump-Regierung lockert wichtige Klimaschutzbestimmungen, die Demokraten konzentrieren sich stärker auf die Bezahlbarkeit des Stroms als auf den Klimawandel, und die Gouverneure reduzieren stillschweigend die Subventionen für saubere Energie und die Emissionsvorgaben, die sie noch vor wenigen Jahren befürwortet hatten. [Hervorhebungen und Links vom Autor hinzugefügt]

Die Klimapolitik beginnt sich bemerkbar zu machen, und die politische Strategie, die zu ihrer Verabschiedung beigetragen hat – nämlich die

Kosten herunterzuspielen und die damit verbundenen Kompromisse zu verschleiern –, lässt sich immer schwerer aufrechterhalten, da die Gebührenzahler die Auswirkungen auf ihren Rechnungen zu spüren bekommen.

Eine der populärsten Klimaschutzmaßnahmen des Landes ist dieser kritischen Prüfung weitgehend entgangen. Mehr als die Hälfte der Bundesstaaten haben einen Standard für erneuerbare Energien (Renewable Portfolio Standard , RPS), der Energieversorger verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihres Stroms aus qualifizierten erneuerbaren Quellen wie Wind und Sonne zu beziehen.

Viele Standards werden in den kommenden Jahren deutlich angehoben. Rhode Island beispielsweise schreibt bis 2033 100 % erneuerbaren Strom vor. Fünfzehn Bundesstaaten sowie Washington D.C. werden bis 2050 mehr als 50 % fordern.

Die Bundesstaaten sollten diese Vorgaben kritisch prüfen . Programme zur Förderung erneuerbarer Energien verzerren die Strommärkte, bevorzugen politische und ideologische Technologien gegenüber der kostengünstigsten Erzeugung und verschleiern Kosten auf eine Weise, die eine ehrliche Debatte nahezu unmöglich macht.

Als die meisten Bundesstaaten in den 2000er Jahren RPS-Programme einführten, waren diese bei den Politikern unter anderem deshalb attraktiv, weil sie es vermieden, über Emissionsreduktionen und deren Kosten zu reden.

Die Kosten sind real, aber sie sind in den Berechnungen der Gebührenbasis und anderen Ausgaben der Versorgungsunternehmen versteckt, was es den Gebührenzahlern erschwert, den wahren Preis der Klimapolitik zu erkennen.

Kosten zu verschleiern, lässt sie nicht verschwinden. Der sichtbarste Weg ist die direkte Einhaltung der Vorgaben, da Energieversorger für die Erzeugung erneuerbarer Energien bezahlen oder Zertifikate für erneuerbare Energien erwerben müssen, um die Vorgaben zu erfüllen.

Das Lawrence Berkeley National Laboratory schätzt, dass diese Kosten für die Einhaltung der Vorschriften im Jahr 2024 durchschnittlich 4,3 % der Stromrechnungen von Endverbrauchern ausmachten. In einigen Regionen war dieser Anteil deutlich höher. In New Jersey erreichten die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften fast 12 % der Rechnungen, und im District of Columbia lagen sie über 15 %.

RPS-Maßnahmen können die Preise aber auch indirekt erhöhen, etwa durch den Ausbau des Übertragungsnetzes , um auch abgelegene Wind- und Solaranlagen zu erreichen. Nicht zu vergessen, die Kosten für den back-up von intermittierender Stromerzeugung.

Die vollständigen Auswirkungen abzuschätzen ist schwierig, und ein

Teil des scheinbaren Zusammenhangs zwischen Erneuerbare-Preis-Systemen (RPS) und Einzelhandelspreisen spiegelt eher bereits bestehende Merkmale der einzelnen Bundesstaaten als die Politik selbst wider. Studien zu den langfristigen Auswirkungen von RPS-Vorgaben haben jedoch ergeben, dass die Einzelhandelspreise in RPS-Bundesstaaten 11 bis 17 % höher sind als in vergleichbaren Bundesstaaten ohne RPS.

Auffällig ist, dass die Beweislage dafür, dass die RPS-Vorgaben einen deutlich größeren Ausbau erneuerbarer Energien bewirkt haben, als es durch staatliche Steuervergünstigungen und sinkende Technologiekosten möglich gewesen wäre, schwach oder widersprüchlich ist .

Mehr als 60 % der im Jahr 2024 neu installierten Kapazitäten für erneuerbare Energien wurden außerhalb der Rahmenbedingungen der Erneuerbare-Energien-Richtlinien errichtet. Ein Großteil der den Richtlinien zugeschriebenen Emissionsreduktionen scheint nicht auf eine sauberere Energieversorgung, sondern auf höhere Preise zurückzuführen zu sein, die die Stromnachfrage dämpfen .

Selbst wenn diese Reduzierungen erstrebenswert sind, ist das Erneuerbare-Energien-System (RPS) ein kostspieligerer Weg als die Alternativen. Ökonomen argumentieren seit Langem, dass die direkte Bepreisung von Emissionen oder die Gutschrift von Erzeugern auf Basis ihrer tatsächlichen Emissionsintensität Umweltgewinne zu geringeren Kosten erzielen kann.

Die Emissionsreduzierungen sind auf deutlich höhere Preise zurückzuführen, die die Stromnachfrage dämpfen, nicht auf eine sauberere Stromversorgung. Grok.

Die Vorgaben für erneuerbare Energien ignorieren günstigere Alternativen , wie beispielsweise den Wechsel von Kohle zu Erdgas , und erzwingen stattdessen eine binäre Unterscheidung zwischen „sauberen“ und „schmutzigen“ Technologien.

Das Ergebnis ist eine Politik, die bevorzugte Ressourcen belohnt, anstatt den kostengünstigsten Weg zur Emissionsreduzierung zu verfolgen.

Diese Kosten werden voraussichtlich deutlicher sichtbar werden.

Der „One Big Beautiful Bill“ kürzte die Steuergutschriften für saubere Energie des Inflation Reduction Act und verlagerte einen größeren Teil der Kosten für staatliche Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien von den Steuerzahlern des Bundes auf die Stromkunden der einzelnen Bundesstaaten.

Im Gegensatz dazu steigen die staatlichen Zielvorgaben weiter an, gerade in einer Zeit, in der der Strombedarf voraussichtlich wachsen wird.

Jetzt ist es an der Zeit, die RPS-Standards neu zu überdenken. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben West Virginia, Kansas, Montana und Texas ihre Standards entweder aufgehoben, in freiwillige Ziele umgewandelt oder auslaufen lassen.

Zuletzt stimmte die Arizona Corporation Commission für die Aufhebung des staatlichen RPS. Der Generalstaatsanwalt ficht die Entscheidung an, doch sollte sie Bestand haben, wäre dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Andere Bundesstaaten sollten diesem Beispiel folgen . Die beste Option ist die vollständige Aufhebung. Alternativ sollten die Vorgaben in freiwillige Ziele umgewandelt werden, die es den Gouverneuren ermöglichen, Klimaschutzverpflichtungen zu signalisieren, ohne Energieversorger zur Einhaltung zu zwingen, wenn erneuerbare Energien nicht wettbewerbsfähig sind .

Die Staaten sollten zumindest die Zielerhöhungen einfrieren und Bestimmungen abschaffen, die zu weiteren Verzerrungen führen, wie etwa die Verpflichtung zur Beschaffung innerhalb des jeweiligen Bundesstaates oder technologiespezifische Quoten.

Bezahlbarer Strom ist heute das zentrale Thema der Energiepolitik. Besonders kritisch zu hinterfragen sind Programme, die die Strommärkte verzerren, die Preise in die Höhe treiben und ihre Umweltziele weniger effizient erreichen als Alternativen.

RPS ist ein guter Ausgangspunkt, insbesondere da steigende Ziele die Stromrechnungen nur in die Höhe treiben werden. Jetzt ist es an der Zeit, die Politik zu reformieren, die von den Wählern verlangt, mehr für ambitionierte Klimaziele zu zahlen, als sie sollten.

Lesen Sie mehr auf RealClearEnergy

<https://climatechangedispatch.com/green-mandates-hidden-cost-electric-bill/>